



Schweizer Olympia-Kandidatur



Die olympische Fahne soll endlich wieder in den Schweizer Alpen wehen: Gleich zwei Projekte wollen die Winterspiele 2026 ins Land holen.

Bild: Hannibal Hanechie/EPA (Vancouver, 12. Februar 2016)

Helvetia flirtet wieder mit Olympia

Winterspiele 2026 Gleich zwei Bewerbungen für Olympische Winterspiele sind bei Swiss Olympic eingegangen. Neben einem Westschweizer Projekt wollen es auch die Bündner nochmals wissen – vorausgesetzt, ihr Souverän sagt nicht wieder Nein.

Richard Clavadetscher

Da kann Nationalrätin Silva Semadeni (SP/GR) nur den Kopf schütteln: «Es war eine klare Niederlage, die die Olympiabefürworter im März 2013 einstecken mussten. Dies trotz einer hochprofessionellen Kampagne. Und nun versuchen sie es erneut.» In der Tat: Graubünden hat dem Dachverband Swiss Olympic Mitte Dezember seine Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2026 zugestellt. Es ist der erneute Versuch Graubündens, an die Jahre 1926 und 1948 anzuknüpfen. Damals war St. Moritz Gastgeber des Sportanlasses. Seither aber

wollten die Bündner Stimmbürger nichts mehr von einem solchen Grossanlass wissen: 1980 waren 77 Prozent von ihnen dagegen, im März 2013 immerhin 52,7 Prozent. Auch weitere Versuche, die Spiele in den Kanton zu holen, sind verbürgt; sie scheiterten aber bereits im Ansatz.

Nur wenige temporäre Bauten

Nun werden die Stimmbürger also schon wieder zu Olympischen Winterspielen an die Urne gerufen. Am 12. Februar geht es um einen Kredit von 25 Millionen

Franken für die Ausarbeitung der erneuten Kandidatur. An diesen Kredit will der Kanton indes nur 9 Millionen beisteuern; der Rest soll von Bund und Swiss Olympic kommen. Sollte der Kredit von den Stimmbürgern angenommen werden, stünde den Bündnern wohl im Herbst 2018 erneut eine Abstimmung ins Haus: Entschieden würde dann über das Detailkonzept.

Das neue Bündner Projekt, angeregt von den Wirtschaftsverbänden, ist zwar noch nicht fertig ausgearbeitet, aber es unterscheidet sich insofern vom vorher-



rigen, als für die Spiele nur wenige temporäre Bauten errichtet würden. Dies in Berücksichtigung der «Agenda 2020» des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), die festlegt, dass Projekte für

Olympische Spiele nachhaltig und an die Umgebung der Austragungsorte angepasst sein sollen. Die Bündner Projektanten wollen darum bestehende Sportstätten optimal nutzen und die Spiele dezentral in mehreren Regionen durchführen. Gar ausserhalb des Kantons – zur Diskussion stehen etwa Zürich, Engelberg und Einsiedeln – sollen Wettkämpfe stattfinden. Indes ist bei den drei potenziellen Austragungsorten ausserhalb des Kantons bisher nur äusserst mässiger Enthusiasmus festzustellen.

Graubündens Regierung und der Grosse Rat stehen hinter dem neuen Projekt. Im Kanton erhofft man sich davon einen Aufschwung für den Tourismus und die Wirtschaft ganz allgemein; beide darben heute. Andreas Wieland, Kopf der neuen Olympia-Kampagne und CEO des Medizinaltechnologie-Herstellers Hamilton in Bonaduz, rechnet sich für das Vorhaben deshalb gute Chancen aus. Er sei noch ein Gegner des Projekts von 2013 gewesen, so Wieland, weil teure temporäre Bauten in lediglich zwei Regionen – nämlich Davos und St. Moritz – hätten erstellt werden müssen. Hinter dem neuen dezentralen Projekt aber könne er stehen. Wieland hat die Vision von Hightech-Spielen, die die neusten digitalen Erfindungen zu nutzen wüssten und damit richtungsweisend seien für die Zukunft – auch für die Zukunft der Bündner, die durch die Spiele an diese Technologien herangeführt würden.

Keine Einsicht in Unterlagen

Wie schon jenes von 2013 hat auch das neue Bündner Projekt wieder Gegner. Und es sind dieselben wie damals: die Umweltverbände und die Sozialdemokraten. Kurz vor Weihnachten hat der

50-köpfige Parteivorstand der Bündner SP mit nur einer Gegenstimme die Nein-Parole für den 12. Februar beschlossen. Die Partei bezeichnet es als Zwängerei, nur gut drei Jahre nach dem letzten Urnen-Nein schon wieder eine Kandidatur zu lancieren. Störend sei zudem, dass das Grobkonzept der Spiele mittels Regierungsbeschluss mit Steuergeldern finanziert werde – und gleichzeitig für geheim erklärt werde: Einsicht in die Unterlagen nicht möglich! Dass die Dachorganisation der Bündner Wirtschaft mit Bettelbriefen derzeit Gemeinden um öffentliche Gelder für die Olympia-Kampagne angehen, bezeichnen die SP-Leute als «Skandal».

Wie schon 2013 wird Nationalrätin Silva Semadeni in diesen Tagen erneut gegen Olympische Spiele in Graubünden antreten. Neben den selbst mit den neuen IOC-Vorgaben viel zu hohen Kosten für Bund und Kanton seien Winterspiele wirtschaftlich eher Strohfeuer denn Treiber einer positiven Entwicklung, ist sie überzeugt. Noch mehr Investitionen in den immer teurer werdenden Wintertourismus – Stichwort Klimaerwärmung – seien nicht nachhaltig. Investiert werden müsse – wenn schon – in den Kultur-, den Natur- und den Gesundheitstourismus. Schliesslich seien die Folgen solcher Spiele für die Umwelt noch nicht absehbar, da das Grobkonzept nicht offengelegt werde, man also über «die Katze im Sack» befinde.

Dass man Sozialdemokrat sein und sich trotzdem für Olympische Winterspiele in der Schweiz begeistern kann, beweist 240 Autokilometer vom Bündnerischen Hauptort Chur entfernt der Berner Ständerat Hans Stöckli, bis 2010 Stadtpräsident und Finanzdirektor von Biel. Er ist Mitinitiator der zweiten Bewerbung für Olympische Winterspiele 2026, die Mitte Dezember bei Swiss Olympic eingereicht worden ist. In Konkurrenz zu den Bündnern steht eine Eingabe, hinter dem sich die Kantone Bern,

Freiburg, Wallis und Waadt vereinen, nachdem man sich in der Westschweiz auf ein gemeinsames Projekt verständigt hat. Stöckli möchte das Vorhaben indes mindestens ideell nicht auf diese vier Kantone beschränkt wissen: «Olympische Winterspiele 2026 müssen zu einer gesamtschweizerischen Angelegenheit werden», sagt er. Es sind dezentrale Spiele «im Herzen der Schweiz» mit Austragungsorten im gesamten Alpenbogen (inklusive Bündnerland) und im westlichen Mittelland geplant (siehe Grafik). Host-City wäre dabei Sion.

Das Vier-Kantone-Projekt hat im Unterschied zu jenem Graubündens den Vorteil, dass es nicht schon für die Projektierungsphase das Plazet der Stimmbürger einholen muss. Die dafür bereits gesprochenen Gelder liegen in der Finanzkompetenz der Regierungen der Teilnehmerkantone. Die Projektanten können also jetzt schon mit Volldampf daraufhin arbeiten, dass das Sportparlament von Swiss Olympic sich im April für ihre Kandidatur entscheidet.

«Katalysator für verschiedene Projekte»

Laut Stöckli sind es folgende Ziele, die man mit Olympischen Winterspielen 2026 «im Herzen der Schweiz» erreichen möchte: Man will zuerst einmal zeigen, dass die Reform-Agenda 2020 des IOC umsetzbar ist: überschaubares Budget, basierend auf bestehender Infrastruktur, nachhaltig, doping- und korruptionsfrei. «Es wären die ersten Olympischen Spiele nach dieser neuen Agenda», sagt Stöckli. Wenn die Agenda ernst genommen werde, könnten auch demokratische Staaten wieder Olympische Spiele ausrichten. Die Vision der Projektanten geht aber darüber hinaus: Sie wollen ihr Projekt einbinden in einen «Masterplan Entwicklung Alpenraum, Energiestrategie 2050 und Gesundheit 2020». Die Olympischen Winterspiele sollen nichts weniger als «Katalysator für diese ver-



Hauptausgabe

St. Galler Tagblatt
 9001 St. Gallen
 071 227 69 00
 www.tagblatt.ch

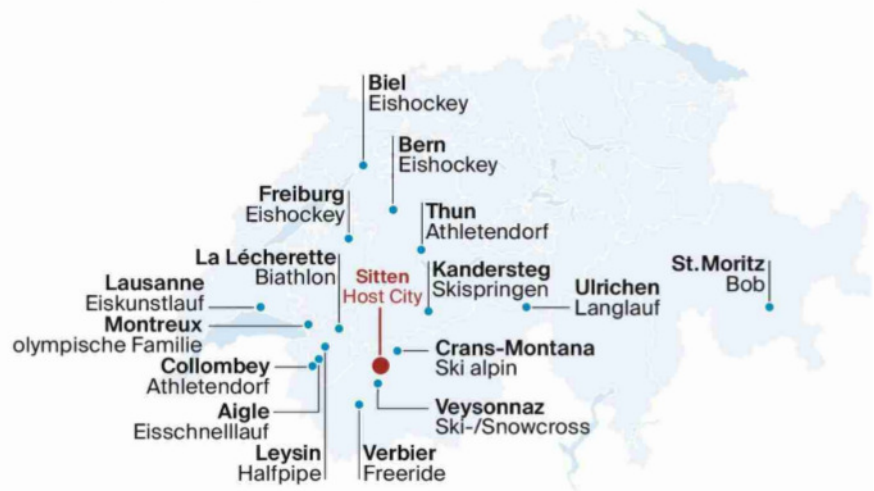
Medienart: Print
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse
 Auflage: 25'272
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 276.027
 Abo-Nr.: 1052105
 Seite: 3
 Fläche: 142'612 mm²

schiedenen Projekte» sein, wie Promotor Stöckli ausführt.

Angesichts solch hehrer Ziele neigt man dazu, das Vier-Kantone-Projekt gegenüber jenem Graubündens im Vorteil zu sehen – falls es ihm gelingt, die Schweizer Bevölkerung emotional auf seine Seite zu ziehen. Die Voraussetzungen scheinen zu stimmen: Am Enthusiasmus fehlt es den Westschweizer Promotoren jedenfalls nicht, wie das Gespräch mit Hans Stöckli sofort aufzeigt.

Austragungsorte gemäss Westschweizer Projekt



Grafik: sgt